Kleine Anfrage der Fraktion der FDP vom 21. Juli 2009**Kompetenz von Berufschülerinnen und Berufsschülern**

Die Universität Bremen hat in ihrem Zwischenbericht zur Studie „Berufliche Kompetenzen messen: Das Projekt KOMET der Bundesländer Bremen und Hessen“ unter anderem festgestellt, dass viele der sogenannten Risikoschüler einer regulären Berufsausbildung tatsächlich nicht gewachsen sind. Verglichen wurde die berufliche Kompetenz von Auszubildenden der Berufe Elektroniker für Energie- und Gebäudetechnik sowie Elektroniker für Betriebstechnik in Bremen und Hessen. In beiden Berufen gibt es sogenannte Risikoschüler, die zu Risikoauszubildenden werden. Der beruflichen Bildung gelingt es nur teilweise, die Kompetenzdefizite dieser Schüler auszugleichen. In Bremen kommen in den beiden untersuchten Ausbildungsberufen nur 58 % über das unterste Kompetenzniveau hinaus. In Hessen sind es immerhin 75 %.

Ein weiteres Ergebnis ist, dass sich viele Auszubildende nach einer anfänglichen Phase der Euphorie schnell unterfordert fühlen und dass im Laufe der Ausbildung eine „Durchhängerphase“ eintritt. Ferner ist die Heterogenität in den Berufsschulklassen frappierend. Die Berufsschule, so die Autoren der Studie, sei wie keine andere Schulform durch die Heterogenität der Schüler herausgefordert.

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Ergebnisse der Berufsbildungsstudie KOMET, und hier insbesondere die Entwicklung der Risikoschüler zu Risikoauszubildenden?
2. Wie erklärt der Senat das schlechtere Abschneiden der Bremer Auszubildenden beim Erreichen des Ziels „beruflicher Kompetenz“ im Vergleich zu den Auszubildenden aus Hessen?
3. Welche Maßnahmen hat der Senat ergriffen, um Berufsschulen in die Lage zu versetzen, Kompetenzdefizite von Risikoschülern auszugleichen?
4. Welche Maßnahmen hat der Senat ergriffen, um Risikoschüler noch in der allgemeinbildenden Schule zur Ausbildungsfähigkeit zu führen?
5. Welche Maßnahmen plant der Senat zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Berufsschulen und Ausbildungsbetrieben, um die Auszubildenden in der Anfangsphase und in der sogenannten Durchhängerphase ihrer Ausbildung besser motivieren zu können?
6. Hält der Senat die Qualifikation der Berufsschullehrer mit Blick auf die Kompetenzdiagnostik für ausreichend, um die sehr heterogenen Lerngruppen individuell fördern zu können?
7. Welche Aus- und Weiterbildungsangebote gibt es für Berufsschullehrer, und welche sind zusätzlich erforderlich?
8. Wie bewertet der Senat den Ansatz bundesweit vergleichender Berufsschultests sowie die Veröffentlichung der Durchschnittsergebnisse?

Dr. Magnus Buhler,
Uwe Woltemath und Fraktion der FDP

D a z u

Antwort des Senats vom 22. September 2009

1. Wie bewertet der Senat die Ergebnisse der Berufsbildungsstudie KOMET, und hier insbesondere die Entwicklung der Risikoschüler zu Risikoauszubildenden?

Die KOMET-Studie kommt im Zusammenhang mit der Frage „Entwickeln sich Risikoschüler zu Risikoauszubildenden?“ zu folgendem zusammenfassenden Ergebnis:

„Nicht alle Risikoschüler werden Risikoauszubildende. Die Berufsbildung verfügt offenbar über ein gewisses kompensatorisches Potenzial. Mehr als ein Drittel der Risikoschüler zeigt sich der Berufsausbildung gewachsen – wenn auch auf einem niedrigen Kompetenzniveau.“

Die KOMET-Studie nimmt Bezug auf die PISA-Untersuchungen 2000 und 2003, da die damals 15-Jährigen die im KOMET-Projekt untersuchten Auszubildenden des 2. und 3. Ausbildungsjahres waren. Als Vergleichswerte zwischen den PISA-Untersuchungen und der KOMET-Studie wurden die jeweiligen PISA-Werte für die naturwissenschaftliche Grundbildung herangezogen, da die untersuchten Berufe sich auf den gewerblich-technischen Berufsbereich beschränkten und die Annahme gerechtfertigt erscheint, dass eine gewisse Affinität zwischen einer gewerblich-technischen und der naturwissenschaftlichen Bildung besteht. Für die am KOMET-Projekt beteiligten Länder Bremen und Hessen liegt der Anteil der Risikoschüler – laut PISA-Definition „sind diese Schüler den Anforderungen einer erfolgreichen Berufsausbildung nicht gewachsen und haben mit erheblichen Schwierigkeiten beim Übergang in das Berufsleben zu rechnen“ – im Bereich der naturwissenschaftlichen Grundbildung für Bremen bei 38,1 % (PISA 2000) bzw. 30,8 % (PISA 2003) der untersuchten Schülerinnen und Schüler und für Hessen bei 30,9 % bzw. 26,7 %.

In die hohen Werte für Risikoschüler in den Stadtstaaten gehen vor allem Hauptschüler ein. Für Bremen liegt dieser Wert bei nahezu 100 % (PISA 2000), d. h., Hauptschüler sind in Bremen fast durchgängig Risikoschüler. Für Hessen liegt dieser Wert bei 75 %.

Daraus resultiert, dass der Anteil der Risikoschüler in den einzelnen Berufen stark differiert – je nach schulischer Vorbildung beim Eintritt in die Berufsausbildung. Bei der Interpretation der KOMET-Ergebnisse ist daher die Zusammensetzung der Testgruppen nach schulischer Vorbildung besonders zu berücksichtigen. So sind beispielsweise die untersuchten Auszubildenden in dem Beruf „Elektroniker, Fachrichtung Energietechnik und Gebäudetechnik“ zu ca. 80 % Risikoschüler im Sinne der PISA-Definition, für Hessen beträgt dieser Wert ca. 60 %. Die Kompetenzmessung dieser Gruppe im Rahmen des KOMET-Projektes zeigt, dass es der beruflichen Bildung gelingt, Kompetenzdefizite der Risikoschüler teilweise auszugleichen. Der Anteil der „Risikoauszubildenden“ (die lediglich die untere Stufe einer nominellen Kompetenz erreichen) in diesem Beruf liegt in Bremen mit 50 % erheblich und mit 47 % in Hessen immer noch deutlich unter den nach PISA zu erwartenden Werten von 80 % bzw. 60 % der Auszubildenden dieses Berufes.

Die KOMET-Studie kommt daher zu dem Schluss, dass die Berufsschule „ihrer kompensatorischen Funktion, wenn auch in einem begrenzten Umfang, gerecht wird“ und „dass es der betrieblichen Ausbildung nur eingeschränkt gelingt, den Prozess des Hereinwachsens in den Beruf so zu fördern, wie es die Leitbilder und Ziele für die betriebliche Ausbildung vorgeben“. Die Autoren schlussfolgern, dass „die Umsetzung des Lernfeldkonzepts und das Erreichen höherer Kompetenzniveaus ganz offensichtlich dadurch gefördert werden (können), indem das schulische und betriebliche Lernen besser miteinander verzahnt werden“.

Der Senat schließt sich dieser Schlussfolgerung an.

2. Wie erklärt der Senat das schlechtere Abschneiden der Bremer Auszubildenden beim Erreichen des Ziels „beruflicher Kompetenz“ im Vergleich zu den Auszubildenden aus Hessen?

In der Antwort zu Frage 1 ist bereits ausgeführt, dass die schulischen Kompetenzniveaus der Jugendlichen beim Eintritt in eine Berufsausbildung erheblich voneinander abweichen. Diese Differenzen sind in der sich anschließenden beruf-

lichen Qualifizierung nur bedingt auszugleichen. Das heißt, dass die absoluten Werte des Kompetenzniveaus bremischer Auszubildender unter denen der Auszubildenden in Hessen liegen. Bezogen auf den relativen, am Eingangsniveau gemessenen Kompetenzzuwachs in der beruflichen Bildung liegen beide Länder jedoch gleichauf. Da die berufliche Bildung zwar eine kompensatorische Funktion beim Aufarbeiten von Defiziten zum Zeitpunkt des Verlassens der allgemeinbildenden Schule auszuüben imstande ist, Defizite jedoch nur zu einem Teil kompensiert werden können, ist es entscheidend, frühzeitig in der Allgemeinbildung die Weichenstellungen für bessere Bildungsergebnisse und für eine Minimierung des prozentualen Anteils der Gruppe der Risikoschüler und -schülerinnen vorzunehmen.

3. Welche Maßnahmen hat der Senat ergriffen, um Berufsschulen in die Lage zu versetzen, Kompetenzdefizite von Risikoschülern auszugleichen?

Die berufsbildenden Schulen sind personell und sächlich gut ausgestattet. Zudem haben sich die berufsbildenden Schulen im Lande Bremen in einem langjährigen Prozess zu „Regionalen Berufsbildungszentren (REBIZ)“ entwickelt, mit dem Ziel, mehr Eigenverantwortung für das schulische Handeln und für die Qualitätsentwicklung und -sicherung zu übernehmen.

Die in diesem Prozess erworbene Gestaltungskompetenz versetzt die berufsbildenden Schulen noch besser in die Lage, differenziert und zielgruppenorientiert auf die Bedürfnisse der ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schüler bzw. Auszubildenden einzugehen. In Bildungsgängen, in denen eine Massierung von Risikoschülern zu verzeichnen ist, werden zudem die Strukturen und die äußeren Bedingungen des Unterrichts so gestaltet, dass eine gezielte Förderung möglich ist, beispielsweise durch die Bildung kleiner Klassenverbände, durch Differenzierungsmöglichkeiten im Unterricht, durch die Zuweisung von Förderstunden und – in besonders „schwierigen“ Bildungsgängen – durch den Unterricht ergänzenden Einsatz von Sozialpädagogen.

Darüber hinaus ist das Konzept einer praktischen am Geschäftsprozess orientierten „Lernfeld-Didaktik“ grundsätzlich geeignet, schulmüde und durch schulische Misserfolge enttäuschte Schülerinnen und Schüler an das Lernen in beruflichen Zusammenhängen heranzuführen und so durch die Einordnung in neue Bezugszusammenhänge Defizite aufzuarbeiten.

Wesentlicher Faktor der Berufsschuldidaktik – auch in kompensatorischer Hinsicht – ist die sogenannte in Schulverantwortung liegende „Lernortkooperation“. Dies betrifft die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Betrieben in der dualen Ausbildung, aber auch in vollschulischen beruflichen Bildungsgängen, in denen betriebliche Praktika dazu beitragen, die Lernmotivation der Schülerinnen und Schüler erheblich zu steigern und die zu besseren Chancen auf dem „Ausbildungsmarkt“ führen.

4. Welche Maßnahmen hat der Senat ergriffen, um Risikoschüler noch in der allgemeinbildenden Schule zur Ausbildungsfähigkeit zu führen?

Der Senat hat seit der Rückmeldung zur ersten PISA-Studie, d. h. seit 2002, kontinuierlich und gezielt Maßnahmen ergriffen, die Ausbildungsfähigkeit zum Ende der Sekundarstufe I generell und mit Blick auf sogenannte Risikogruppen zu verbessern.

Dabei sind zwei Handlungsebenen zu trennen:

Zum einen geht der Senat davon aus, dass die Qualitätsentwicklung der letzten Jahre als Personal-, Schul- und Unterrichtsentwicklung zu einer Leistungsverbesserung des bremischen Schulwesens insgesamt geführt hat. Insbesondere qualifizierende Maßnahmen, die einem verbesserten Umgang mit Heterogenität dienen, sind hier neben einer verstärkten und klaren Standardorientierung von Unterricht und Abschlüssen zu nennen. Der Schulentwicklungsplan 2008, der am 31. Oktober 2008 von der Deputation für Bildung verabschiedet wurde, setzt diese Handlungslinie fort, indem er aktuelle Entwicklungsaufgaben an einem Leitbild guter Schule orientiert und Individualisierung und Förderung ins Zentrum von Unterricht und Unterrichtsentwicklung stellt.

Auf der Ebene extensiver Entwicklung im System ist die im Elementarbereich beginnende Sprachförderung auf diagnostischer Grundlage zu nennen, die selbstverständlich auch für die hier angesprochene Zielgruppe wirksam ist.

Die zweite Handlungsebene bedient sich direkter zielgruppenbezogener Maßnahmen. Im Kontext der Anfrage sind hier zum einen die sogenannten sozial-integrativen Maßnahmen der einzelnen Schule zu nennen, in denen – ausgestattet mit Sondermitteln auf Antragsbasis – Förderung von Kernkompetenzen und Unterstützung der Persönlichkeitsentwicklung stattfindet.

Eine Konsequenz aus den Empfehlungen des Schulentwicklungsplans ist die Implementierung eines neuen Bildungsgangs Werkschule im Schulgesetz. Für die Einführung der Werkschule werden zunächst im ESF-Projekt FöJu (Entwicklung und Implementation eines Konzeptes zur Förderung lernbenachteiligter Jugendlicher durch praxisorientiertes Lernen) sechs Werkschulen wegweisend daran arbeiten, über einen projekt- und handlungsorientierten Unterrichts- und Erziehungsansatz unter besonderer Berücksichtigung der Arbeits- und Berufsorientierung die Erlangung der (Erweiterten) Berufsbildungsreife und die Einmündung in das Erwerbsleben für ihre Schülerinnen und Schüler in drei Jahren zu erreichen.

5. Welche Maßnahmen plant der Senat zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Berufsschulen und Ausbildungsbetrieben, um die Auszubildenden in der Anfangsphase und in der sogenannten Durchhängerphase ihrer Ausbildung besser motivieren zu können?

Wie bereits in der Antwort zu Frage 1 dargestellt ist, empfiehlt die KOMET-Studie die Lernortkooperation, d. h. die Zusammenarbeit zwischen den Berufsschulen und den Ausbildungsbetrieben auszubauen und zu verstärken. Der Senat schließt sich dem an und wird diese Kooperation gegebenenfalls noch stärker als bisher auch strukturell absichern.

Entscheidend ist jedoch auch ein ständiger Austausch zwischen Berufsschulen und den Betrieben über die jeweilige Ausbildungs- und Lernentwicklung der Auszubildenden. Die in der KOMET-Studie sogenannte Durchhängerphase tritt verstärkt nach der Zwischenprüfung zwischen dem 2. und dem 3. Ausbildungsjahr auf. In diesem Zeitraum ist im Durchschnitt ein nur geringer Kompetenzzuwachs bei den Auszubildenden zu verzeichnen, u. a. deswegen, weil die in diesem Zeitraum erbrachten Leistungen oder auch Nichtleistungen keinerlei Einfluss auf den Ausbildungserfolg haben, der ausschließlich von dem Bestehen der punktuellen Kammerprüfung am Ende der Ausbildungszeit abhängt. Die berufsschulischen Leistungen fließen darin nicht ein. Die nicht zu unterschätzende extrinsische Motivation, sich wieder stärker in der eigenen Ausbildung zu engagieren, tritt demzufolge erst wieder in der Mitte des dritten und letzten Ausbildungsjahres auf, wenn der Zeitpunkt der Kammerprüfung näher rückt.

6. Hält der Senat die Qualifikation der Berufsschullehrer mit Blick auf die Kompetenzdiagnostik für ausreichend, um die sehr heterogenen Lerngruppen individuell fördern zu können?

Der Senat hält es für sinnvoll, im Bereich der Kompetenzdiagnostik auf der Grundlage einer Analyse des Ist-Zustandes verstärkt Fortbildungen für Berufsschullehrerinnen und -lehrer zu veranlassen.

Hier bietet es sich u. a. an, das Instrumentarium der KOMET-Studie zu nutzen, das auch zum individuellen Einsatz für die einzelnen Lehrerinnen und Lehrer geeignet ist, einerseits zum Zweck, das Eingangskompetenzniveau der Auszubildenden zu bestimmen, andererseits, um den Kompetenzzuwachs in einzelnen Ausbildungsabschnitten als Grundlage für die Bewertung des Unterrichtserfolges und für die Steuerung des Unterrichtsgeschehens zu messen.

7. Welche Aus- und Weiterbildungsangebote gibt es für Berufsschullehrer, und welche sind zusätzlich erforderlich?

Die Organisation der Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer berufsbildender Schulen liegt grundsätzlich in schulischer Zuständigkeit und wird vom Landesinstitut für Schule unterstützt.

Der Senat hat in den zurückliegenden Jahren erhebliche zusätzliche Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds zur Qualifizierung von Berufsschullehrerinnen und -lehrern bereitgestellt. Die Schulen haben diese Möglichkeiten genutzt und

Fortbildungen in einem breiten Spektrum und zu einem großen Teil mit Unterstützung externer Anbieter angemeldet und durchgeführt.

Das Spektrum dieser Fortbildungen umfasst auch die in Frage 6 angesprochenen Themenbereiche.

8. Wie bewertet der Senat den Ansatz bundesweit vergleichender Berufsschultests sowie die Veröffentlichung der Durchschnittsergebnisse?

Die Länder haben sich grundsätzlich bereit erklärt, an einem bundesweiten Test der Ergebnisse der beruflichen Bildung teilzunehmen. Dieser sollte jedoch neben dem berufsschulischen auch den betrieblichen Ausbildungsbereich umfassen.

Derzeit hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unter Einbeziehung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) die Entwicklung eines Szenariums für eine solche Testung in Auftrag gegeben.

Die bisher von den Auftragnehmern vorgelegten Ergebnisse bedürfen noch der weiteren Überarbeitung. Daher hat der Hauptausschuss des BIBB in der letzten Sitzung beschlossen, dass erhebliche Nachbesserungen und Konkretisierungen notwendig sind und überdies ausdrücklich darauf verwiesen, dass die bisherigen Ergebnisse des KOMET-Projekts in Bremen und Hessen bei der Überarbeitung zu berücksichtigen sind.

Der Senat begleitet die weiteren Schritte der Entwicklung eines Testszenariums über die Gremien der KMK.